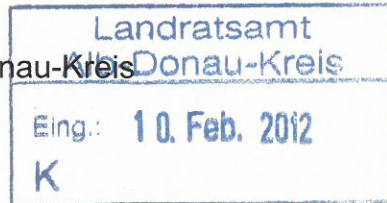




Baden-Württemberg
REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN

Regierungspräsidium Tübingen · Postfach 26 66 · 72016 Tübingen

Landratsamt Alb-Donau-Kreis
Abfallwirtschaft
Postfach 28 20
89070 Ulm



Ehingen 09.02.2012
Name Herr Harteker
Durchwahl 07391 508-521
Aktenzeichen 45-21/3911.8 - B 311
(Bitte bei Antwort angeben)

☛ Überhöhung der Erd- und Bauschuttdeponie Roter Hau in Ehingen-Stetten an der
B 311 Ehingen - Deppenhäusen
Schreiben vom 27.01.2012 Az. 15.2/722.1313

Anlagen
1 Planheft

Sehr geehrter Herr Nägele,

Ihr o. g. Schreiben wurde zuständigkeitshalber an Ref. 45 weitergegeben.

Zu Ihrer Anfrage können wir Ihnen seitens der Abteilung Straßenwesen und Verkehr
des Regierungspräsidiums Tübingen mitteilen, dass wir gegen die geplante Erweite-
rung bzw. Laufzeitverlängerung der o. a. Anlage keine Einwände erheben.

Mit freundlichen Grüßen

Harteker

Landratsamt Alb-Donau-Kreis • Postfach 28 20 • 89070 Ulm

Regierungspräsidium Tübingen
Referat 47.2
Herrn Geiger
Panoramastraße 4
89584 Ehingen

Diesen Brief schreibt Ihnen:

Knut Nägele
Abfallwirtschaft
Zimmer 4G-14
Telefon 0731 185 1269
Telefax 0731 185 1487
PC-Fax 0731 185 22 1269
E-Mail:
knut.naegele@alb-donau-kreis.de

Unser Aktenzeichen:
15.2/722.1313

27.01.2012

Überhöhung der Erd- und Bauschuttdeponie Roter Hau in Ehingen-Stetten

Sehr geehrter Herr Geiger,

der Alb-Donau-Kreis betreibt auf dem Grundstück Fl.Nr. 6255 an der Bundesstraße 311 in Höhe Ehingen-Stetten die **Erd- und Bauschuttdeponie Roter Hau II**. Die Deponie wurde gemäß der Vereinbarung vom 01.03.1991 mit der Stadt Ehingen vom Alb-Donau-Kreis übernommen.

Die Deponie gliedert sich in einen Bereich für Erdaushub (Deponie Klasse 0) und belasteten Bauschutt / Erdaushub (Deponie Klasse I).

Das Restvolumen des Bauschuttbereiches neigt sich seinem Ende zu und wird vsl. in 4 - 5 Jahren verfüllt sein. Der Erdaushubbereich wird darüber hinaus noch für 10 bis 20 Jahre reichen.

Der Bedarf und die Erforderlichkeit für die Bauschuttdeponie am Standort Ehingen sind weiterhin gegeben. Der Raum Ehingen benötigt noch für viele Jahre Ablagerungsflächen für belasteten Bauschutt und Erdaushub der Deponie Klasse I.

Die Erd- und Bauschuttdeponie "lehnt" sich an die ehemalige Hausmülldeponie Roter Hau I der Stadt Ehingen an. Diese (Roter Hau I) wurde vor etlichen Jahren nachträglich mit einer mehreren Meter hohen Rekultivierungsschicht versehen (Aushub der Fa. Borst). Wir wollen die Bauschuttdeponie Roter Hau II an die gegebene Situation anpassen und haben deshalb vor geraumer Zeit damit begonnen, eine Überhöhung (ca. 7m) der Deponie zu planen.

Dadurch würde sich ein größeres Restvolumen gegenüber der Genehmigung mit einer Laufzeit von ca. 10 – 20 Jahre, analog dem Erdaushubbereich ergeben.

Die Überhöhung erfolgt ausschließlich auf der bestehenden Deponiesohle. Es ergibt sich also keine flächenmäßige Vergrößerung der Deponie, es sind keine zusätzlichen Baumaßnahmen notwendig und es entstehen keine zusätzlichen Kosten.

Durch die Überhöhung wird die Laufzeit des Bauschuttbereiches (DK I) an den des Erdaushubbereiches (DK 0) angepasst.

An der Zufahrt zur Deponie ändert sich nichts.

Der Deponie wird in der bisherigen Form weiterbetrieben. Es findet infolge der geplanten Überhöhung kein zusätzlicher Andienungsverkehr statt.

Derzeit erfolgen auf dem Deponiegelände im Bereich der Erdaushubfläche noch eine Altholzannahme und die Aufbereitung von Recyclingmaterial (Bauschutt, Ziegel, Straßenaufbruch). Mit Inanspruchnahme der Erdaushubfläche muss die Altholzannahme und die Aufbereitung des RC-Materials aufgegeben werden, so dass sich die Verkehrsströme gegenüber heute sogar reduzieren.

Wir hatten die Planung im Frühjahr 2011 im Kreistag vorgestellt. Der Kreistag hat uns den Auftrag erteilt, das entsprechende Genehmigungsverfahren beim Regierungspräsidium Tübingen einzuleiten.

Es fanden bereits Gespräche mit dem RP Tübingen, Referat 54.2 - Industrie / Kommunen, Schwerpunkt Abfall - statt.

Die geplante Überhöhung stellt nach Ansicht des Referats 54.2 eine wesentliche Änderung der Deponie dar. Es muss deshalb ein abfallrechtliches Planänderungsverfahren (Plangenehmigung) nach § 31 Abs. 3 Nr. 2 KrW-/AbfG durchgeführt werden.

Das Referat 54.2 wünscht vor Einleitung des Verfahrens im Vorfeld eine Abstimmung unsererseits mit den beteiligten Stellen zum geplanten Vorhaben.

Wir bitten deshalb um Mitteilung, ob aus Ihrer Sicht Einwände gegen das geplante Vorhaben bestehen, bzw. welche Auflagen ggf. zu beachten sind.

Hinweis:

Der Fachdienst Umweltschutz hat seine Zustimmung erteilt und wird eine Befreiung von der Wasserschutzgebietsverordnung des Landratsamts Alb-Donau-Kreis vom 11.08.1992 erteilen.

Auch die untere Naturschutzbehörde ist mit der vorgelegten Planung einverstanden. Der Fachdienst Kreisforst hat ebenfalls seine Zustimmung in Aussicht gestellt. Hier müssen allerdings noch forstrechtliche Aspekte abgearbeitet werden.

Freundliche Grüße



Knut Nägele

Anlagen:

Planheft Ftg. 1 g.R.